

SVP des Kantons Zürich

Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66

Fax 044 217 77 65

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Dübendorf, 4. März 2019

Die Folgen des Rahmenvertrags für die Schweiz

Nationalrat Roger Köppel

Die Schweiz ist die älteste und erfolgreichste Selbsthilfeorganisation der Welt. Sie hat eine weltweit einzigartige Demokratie. In keinem anderen Land finden häufiger Volksabstimmungen statt. Nirgendwo sonst haben die Bürgerinnen und Bürger mehr zu sagen, nirgendwo sonst haben sie derart grosse Macht. Kein Gesetz und kein Verfassungsartikel kann ohne die ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung des Volkes in Kraft treten. In der Schweiz stimmen die Direktbetroffenen über alles ab, was sie selbst betrifft. Die Schweizerinnen und Schweizer regieren sich selbst. Das ist der Grund für unseren weltweit bewunderten Erfolg: Stabilität und Wohlstand.

Das der Schweiz von der EU aufgezwungene und von willfähigen Politikern und Wirtschaftsleuten hochgejubelte institutionelle Rahmenabkommen würde dieses Erfolgsmodell zerstören. Rahmenabkommen bedeutet: Zukünftig erlässt die EU die Gesetze. Die Schweiz muss sie übernehmen. Parlament und Volk sind als Gesetzgeber entmachtet. Bei allen Fragen des zu übernehmenden Rechts hat die EU-Gerichtsbarkeit das letzte Wort. Die Schweiz muss sich also fremden Richtern unterstellen. Widersetzt sich die Schweiz der Rechtsübernahme, kann die EU Sanktionen, Ausgleichsmassnahmen genannt, verhängen. Die Schweiz wird durch dieses Abkommen noch viel enger an die EU gefesselt als heute. Sie ist Passivmitglied, hat eine Art Vasallenstatus, ist abgesunken zur Rechtskolonie der EU, in der sie sich bis zur Ununterscheidbarkeit auflösen wird wie der Würfelzucker im Tee.

Das Rahmenabkommen ist ein direkter Angriff auf alle Staatssäulen, die das Erfolgsmodell Schweiz tragen:

Unabhängigkeit: Ist beendet, wegen Rechtsübernahme und fremden Richtern.

Direkte Demokratie: Geht kaputt, weil nicht mehr die Schweizerinnen und Schweizer, sondern ausländische Gremien die Regeln und Gesetze festlegen; durch Guillotinen und Sanktionen könnte die Demokratie nur noch mit vorgehaltener Pistole ausgeübt werden. Volk und Parlament wären in ihren Entscheidungen nicht mehr frei.

Föderalismus: Ist fertig, weil das Abkommen tief in die kantonale Hoheit eingreift bei Steuern und dem Verbot staatlicher Beihilfen.

Bewaffnete Neutralität: Ist gleich doppelt gefährdet, einmal durch die faktische Entwaffnung der Miliz auf Befehl von Brüssel, zweitens durch die Anbindung an den EU-Binnenmarkt, dessen Sanktionen die Schweiz übernehmen müsste.

Weitere konkrete Folgen für den Bürger, die Bürgerin sind:

Steigende Zuwanderung im Gefolge der von der EU geplanten Ausweitung der Personenfreizügigkeit. Die Schweiz soll insbesondere die Unionsbürgerrichtlinie übernehmen, das heisst: leichter Zugang zu Bürgerrechten, Niederlassung und Sozialstaat für 500 Millionen EU-Bürger; erschwerte Ausschaffung krimineller EU-Bürger, also steigende Kriminalität.

Die EU will die Schweiz institutionell enger an den Binnenmarkt binden. Wie könnten wir dann noch – unter Rechtsübernahme und fremden Richtern – zum Beispiel die Anhebung der Schweizer Mehrwertsteuern auf 15 Prozent verhindern?

Industrienormen und Landwirtschaftsausfuhren in die EU könnte Brüssel ohne Schweizer Mitentscheidung abändern. Die Rechtssicherheit ist dadurch insgesamt gefährdet, weil sich die Schweiz der ruckartigen und unabsehbaren Rechtsentwicklung der EU aussetzt und nicht mehr selber bestimmen kann.

Politische Lage im Inland:

Kurzfristig denkende Manager internationaler Konzerne, die von der Schweiz keine Ahnung haben, denen die Schweiz gänzlich egal ist, die aber trotzdem bei erfolgreichen Firmen arbeiten (wegen der die Eigenständigkeit und Standortqualität der Schweiz, was sie allerdings vergessen zu haben scheinen), machen massiv Stimmung für das Abkommen. Sie denken im Horizont der Quartalszahlen, profitgetrieben und ohne Weitsicht; eine Mentalität, die bereits in den Ruin der Finanzkrise von 2008 geführt hat.

Diese Konzerneliten fordern die institutionelle Gleichschaltung der Schweiz mit der EU und beseitigen somit den Grund, weshalb ihre Firmen überhaupt erst in die Schweiz gekommen sind. Es gehört zum Profil dieser polyglotten schweizvergessenen Manager-Haute-Volee, dass sie dann, wenn die Schweiz als EU-Passivmitglied nicht mehr interessant ist, ihre Konzernsitze ins Ausland verlegen werden.

In Fahrwasser dieser Anpasser schwimmen die Wirtschaftsfunktionäre und -verbände, die sich zum Sprachrohr des institutionellen Ausverkaufs der Schweiz machen. Der Einfluss der Manager und Wirtschaftsbürokraten geht direkt in die Parteizentralen der FDP, die dieser Tage in einer spektakulären Abkehr von all ihre früheren Positionen und roten Linien einknickte. Jetzt soll auch die noch etwas widerspenstige Linke auf Kurs gebracht werden. Der Bundesrat hat dazu Konsultationen eingeleitet, eine eigentliche Propagandaveranstaltung. Prognose: Man wird die Gewerkschaften durch Zugeständnisse, die den heute immer noch vergleichsweise freien Arbeitsmarkt schädigen und überregulieren werden, an Bord zu holen versuchen. Es wird wohl gelingen. Erste Anzeichen eines Kippens sind sichtbar.

Daraus folgt: Die SVP ist heute die einzige relevante Schweizer Partei, die für die Unabhängigkeit, die Volkssouveränität und die bewährte Schweizer Selbstregierung einsteht. In Bern sind die Würfel gefallen. Früher oder später wird eine Mehrheit aus FDP, SP, CVP, Grünen und Mitte das Rahmenabkommen unterstützen. Auch der Bundesrat wird fallen.

Die SVP wird den Kampf gegen dieses Abkommen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln führen, auch auf Kantonsebene. Deshalb die heutige Medienkonferenz. Wir stellen uns darauf ein, dass spätestens nach den Wahlen 2019 der letzte Widerstand der Linken zusammenkracht, siehe dazu die Offensive der SP-Parlamentarier Jositsch und Nussbaumer. Die SVP wird also allein gegen alle Bundesparteien und Parteispitzen stehen.

Möglicherweise haben wir aber wie 1992 Volk und Stände auf unserer Seite. Auch in den anderen Parteien, an der Basis, gibt es sehr viele Leute, die bei dieser behördlich organisierten Verschrottung der Schweiz als unabhängiger Rechtsstaat, der sich selbst regiert, nicht mitmachen werden. All diese

Bürgerinnen und Bürger ausserhalb der SVP werden wir mit Blick auf die Volksabstimmung vertreten. Weil das Rahmenabkommen ein Staatsvertrag ist, der tief in unseren Staatsaufbau und in unsere Kantone eingreift, wird das Parlament dazu zwingend das obligatorische Referendum beschliessen müssen, damit Volk UND Stände diesen Vasallenvertrag, den die Politik aus Eigeninteresse und Feigheit durchdrücken möchte, ablehnen können.